

Halle'sches Tageblatt.

Erscheint täglich Nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Abonnementspreis vierteljährlich für Halle und durch den Postweg 2 Mark.

Amliches Verordnungsblatt für die Stadt Halle.

Im Verlage von Reinhold Kietzschmann, Buchdrucker nach Berlin und Leipzig, Anstalt Nr. 289.

Insertionspreis für die fünfschaltene Corpszeit oder deren Raum 12 Wg.

Reclamen vor dem Tagesalender die dreischalte Postzeit oder deren Raum 30 Wg.

Nr. 272.

Mittwoch, den 20. November 1889.

90. Jahrgang.

Der Thron Dom Pedros.

Halle, 18. Nov.

In Brasilien, dem exotischen Wunderlande, von welchem in Operetten und in Sensationsromanen häufiger die Rede ist, als in Zeitungen, ist ein Zustand ausgebrochen, welcher auf die Proklamierung der Republik hinführen soll, und welche dadurch ein Geis gewinnt, daß sich das Heer der Bewegung angeschlossen hat. Brasilien, bisher die einzige Monarchie auf transatlantischem Boden, soll nun gleichfalls ausserhalb sein, die Wege der südamerikanischen Republiken zu wandeln. Ein so konstitutionelles Kaiserregime der seit einigen Jahren erkrankte und durch die Kronprinzessin Isabella in der Regenschaft vertretene Kaiser Dom Pedro II. führte, so hat es doch auch unter seiner Herrschaft nicht an immer deutlicher zu Tage tretenden Symptomen dafür gefehlt, daß es insbesondere der besitzenden Klasse in Brasilien nicht unangenehm wäre, die monarchische Staatsform in die republikanische umzuwandeln zu sehen. Seitens der Nord- und Südgrenzen des ungeheuren Landes breiten sich republikanische Staatswesen aus, deren finanzielle und innerpolitische Lage zwar keineswegs eine bereinendwerthe ist, nach welchen jedoch die brasilianischen Mafnahmen mit Recht hinübergehien. Und eben diese Mafnahmen liegen es sich sehr gerne gefallen, daß Brasilien das einzige Land des amerikanischen Kontinents war, in welchem bis vor ganz kurzer Zeit rechtsgiltig die Sklaverei bestand. Als Dom Pedro, ein Jesuiten, auf dem Kaiserthron der Braganças, die Sklavereiangenpation in Angriff nahm, war der Unwille im ganzen Lande sehr groß. — In den südamerikanischen Republiken, in Peru und Chile, in Argentinien wie in Montevideo spielen die Schwarzen eine große Rolle; sie werden zu hervorragenden Chargen in der Armee zugelassen, sie gehören den gelebtesten Körpern an und bei den verschiedenen Militärkavaliere, welche fast jede Seite südamerikanischer Geschichte füllen, theilten sich weisse, schwarze und dunkelbraune Generale in den blutigen Kämpfen und in die unblutige Beute. Anders als in den ehemaligen spanischen Provinzen, deren kulturelles und innerpolitisches Leben stets sich in Europa den Namen Pöbel führte, mit geradezu klassischer Anschaulichkeit geschildert hat, fanden die Dinge in Brasilien, welches sich gleich seinem portugiesischen Mutterlande in jeglichem Verstande geordnetem Verhältnisse erheute. Daß die Sklaverei so lange fortdauere, war nicht das Resultat der monarchischen Einrichtung, sondern jenes der großen Grundbesitzer im Lande, welche, größer an Zahl und reicher an Kapital als ihre Republikanischen in den republikanischen Nachbarstaaten, auf jene angeblich so wichtige Kategorie brasilianischen Volkswohlstandes nicht verzichten zu können erklärten.

Anger der Sklavereitage war es noch eine andere Angelegenheit, welche in den letzten Jahren die Gemüther in Brasilien beschäftigte. Als vor etwa fünfzehn Jahren die brasilianischen Bischöfe die Kommunikation gegen alle Freimaurer verbanden, trat die Regierung für die Letzteren in die Schranken, indem sie erklärte, jene päpstliche Bulle, auf Grund deren die Kommunikation erfolge, sei ohne landesherrliches Placet verfaßt worden und habe somit keine bürgerliche Gültigkeit. Die Bischöfe opponierten hierauf in schärfer Weise gegen die Regierung, als gegen die Person des fortwährend freundschaftlichen Kaisers selbst, und mehrere von ihnen wurden wegen Ungehorsams gegen die Staatsgewalt recht empfindlich bestraft. Diese Art von Aufruhr dauerte mehrere Jahre und wurde erst unter dem Pontifikate Leo XIII. beigelegt. Aber zu einem freundschaftlichen Einvernehmen zwischen Staat und Kirche ist es jeither in Brasilien nicht mehr gekommen, und als erst die Regierung den Nichtkatholiken gleiche Rechte mit den katholischen Staatsbürgern gewährte, nahm die Opposition der kirchlichen Partei die herben Formen an, und sie fand leider auch bei dem liberalen Unterhause, als dem menschheitsfreundlichen Kaiser freigelassenen Wegen das Wahl- und Stimmrecht einräumte.

Von weltpolitischer Bedeutung ist die vorläufig noch nicht abgeschlossene brasilianische Episode nur insofern, als die Etablierung einer brasilianischen Republik einen krassen Gegensatz zu den panamerikanischen Formeln ihren Ausdruck finden würde, in welchem Interesse gefehlt sich bei uns noch die rein persönliche Teilnahme, deren wirkliger Gegenstand der große Kaiser Dom Pedro II. ist. Er ist wirklich kein Schatz, der letzte regierende Monarch auf amerikanischen Boden zu sein? Wenn dies der Fall ist, so hat er die monarchische Institution mit Ehren und in Würde repräsentiert. Sie wird trotz der Revolution keine schlechte Erinnerung und keine unfreundlichen Spuren zurücklassen.

Reichstag.

(Originalbericht des „Halle'schen Tageblattes“.)

x. Berlin, 18. November. — 17. Sitzung.

Tagesordnung: 1. Minderlicher Bericht, betreffend die Fortdauer des Handels mit dem nördlichen Reich. 2. Reichsamt des Innern mit dem nördlichen Reich. 3. Reichsamt des Innern über den Antrag des Abg. S. Barth u. Gen., betreffend die Aufhebung des Schweine-Einfuhrverbots an der dänischen Grenze. 4. Reichs-Eisenbahn-Amt. 5. Verwaltung der Eisenbahnen.

Am 17. des Monats des Abg. Böttcher, Bundesbesoldung und Konsumfrage. v. Böttcher, Bundespräsident von Rebeckum eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 25 Min. und erhebt das Wort dem Abg. v. Ellrichshausen (Hb.) zur Berichterstattung betreffend das Mandat des Abg. Böttcher (nlt.) die Verlängerung des Handels mit geschmitten. Etats 1890/91.

Abg. Richter (Hb.) stellt die Frage, ob es sich nicht empfehlen, der Dampferlinie Sines-Samoa die Reichsunterstützung zu entziehen und diesbezüglich mit dem Norddeutschen Lloyd zu verhandeln, Redner führt die angebliche Aus- und Ertragslosigkeit dieser Subventionierten Dampferlinie aus, nachdem sich die kolonialen Verhältnisse, die damals als maßgebend anzusehen, erheblich geändert hätten. Nach den schweren und unglücklichen in der Samoa-Expedition, sei es nicht angelegentlich, die genannte Linie noch weiter zu unterstützen. Abg. Broemel (Or.) hat der Rede im Zusammenhang unverständlich weist nach, daß der Export Deutschlands nach Ostasien, namentlich auch nach Samoa ein sehr erheblicher sei, daher kein Grund vorliege, die Dampferlinie weiter zu unterstützen. Die Handelsbeziehung müßten sich ganz anders gestalten, wenn eine Subvention gerechtfertigt erscheinen sollte; heute habe sie keine Berechtigung.

Minister v. Böttcher. Die ihm zur Verfügung stehenden Handelsberichte und Zahlen sprechen sehr viel mehr dafür, die Verbindung zwischen Australien und Ostasien durch das Reich weiter zu unterstützen; es lasse sich mit Zuversicht annehmen, daß wir noch lange nicht am Ende der Ausdehnung unserer Handelsbeziehungen zu Australien angelangt sind. Wenn der Zeitraum, auf welche die Subventionen bewilligt seien, befristet ist, darüber setzen werden, können die Verhältnisse sich im Laufe der Zeit ändern, doch wird es nicht unangelegentlich, wenn sie gegenwärtig bewilligt werden, so ziele man nationale Gründe an, die hier noch keiner Ansicht keine Berechtigung haben.

Minister v. Böttcher weist die Befauptungen von Bamberger zurück auf Grund handelspolitischer Bedenken. Abg. Schönd (Hb.) weist nach, daß gerade die so vielfach angezeigte Linie Sines-Samoa große Erfolge erzielt habe; die Subventionen seien im deutschen Handelsinteresse unbedingt wünschenswert und es sei kein Grund an den bisherigen Verhältnissen zu rütteln.

Abg. Richter (Hb.) erklärt aus, daß der Sublimeiter Waare, ohne Rücksicht auf deren Werth, dem deutschen Reich, einen Transportsaufschlag von 130 Mark bis Aufschlag kosten; das sei dem Hoch zu viel. Gehörte der Redner keine Worte ein, weshalb in Korea ein vollständiger General-Lockout gehalten werde; nach ihm die unglücklichen Werten 1, 2, 3, in einer unglücklichen Werten für den Reichstag, der Reichstag. Die zweite Linie Samoa sei zu öffnen, dafür spreche auch die vom Reichstag beobachtete Samoanische Politik; die Redner in ihrer neuesten Einmündung billige. Beim Etat des „Auswärtigen“ wird er auf diese Materie zurückkommen.

Minister v. Böttcher benichtigt eine Angabe Richters bezüglich Korea's.

Abg. Richter (Hb.) stellt den Antrag: „Den Reichstagler zu eruchen, wegen Ermächtigung des Reichsstaates für die Vinte Australiens-Samoa mit dem Norddeutschen Lloyd zu verhandeln.“

Dieser Antrag wird zur Debatte gestellt. Abg. Windthorst (alt.) theilt Widiges Anschauungen bezüglich der Sparanstalt in Reichsaufgaben, aber trotzdem werde er aus praktischen Gründen nicht für den Antrag Richter stimmen, sondern dafür, daß derselbe an die Budgetkommission verwiesen werde.

Kapit. a (Unterhaltung deutscher Postdampfer) und der Antrag Richter-Windthorst werden angenommen.

Abg. Vingeus (Hb.) regt an, eine internationale Auswanderungsgesellschaft zu errichten, in Mafschiff auf den verschiedenen Wüstenhandel zu errichten. Die zweite Linie Samoa sei zu öffnen, dafür spreche auch die vom Reichstag beobachtete Samoanische Politik; die Redner in ihrer neuesten Einmündung billige. Beim Etat des „Auswärtigen“ wird er auf diese Materie zurückkommen.

Minister v. Böttcher erklärt sich bereit, das bisherige „Schätzungsverfahren“ aufzugeben, sobald ein Verfahren bekannt würde, welches zuverlässigere statistische Resultate liefert. Die sonst gerügten Mängel sollen künftighin abgestellt werden. Abg. Broemel spricht für dieses Entgegenkommen seinen Dank aus.

Abg. Baumhach (Hb.) tadelt, daß beim Statistischen Amt, neben verhältnismäßig wenigen händlichen Arbeitern zwei renumerierte Hilfsbeamte angestellt seien und schlägt vor, letztere nach einer bestimmten Reihe von Jahren zurückzuziehen. Der Reichstag als händlich anzusehen. Auch sei es Angelegenheit der höchsten Lebensmittelvertheilungswirtschaft, den Gehalt der händlichen Beamten zu erhöhen.

Minister v. Böttcher. Viele Hilfsarbeiter würden ein sehr schlechtes Gehalt machen, wenn sie händlich würden, z. B. die sämtlichen Pensionäre, welche im statistischen Amt arbeiten. Doch soll eine Vermehrung der etatsmäßigen Stellen angestrebt werden.

Abg. Klemm (Hb.) stellt fest, daß der Abg. Baumhach mit Unrecht angeführt habe, vom König von Sachsen sei bei der Thronrede als Grund der theuren Waarenpreise die Zoll- und Wirtschaftspolitik genannt worden; davon habe kein Wort in der ganzen Thronrede, und resultire aus anderen Ursachen.

Beim Kap. „Gesundheitsamt“ erregt das Wort Abg. Kirchhoff (Hb.) Redner tritt der Aufhebung entgegen, daß die Viehseuche lediglich aus Ausland importirt werden; es treten liberal Seuchen hervor, auch manchmal, ohne daß es überhaupt möglich ist, Aufhebung nachzugeben. Zum dem Antrag Barth und Gen., Aufhebung des Schweine-Einfuhrverbots aus Dänemark beibehalten, Redner die Abklärung einer gewissen Vorliebe für die Agrarier; aus wirtschaftlichen und politischen Gründen beifürwortet er den Antrag Barth und Gen.

Minister v. Böttcher bittet, den Antrag abzulehnen und weist die Beschuldigung, die Regierung bezwecke die agrarischen Bestrebungen, entschieden zurück; die Regierung handle in pflichtmäßigem Interesse der Erhaltung des deutschen Viehbestandes. Die Gefahr habe sich in diesem Augenblick noch nicht im entferntesten vermindert. Die Zahl der infizierten Gemeinden in Oesterreich und Ungarn sei nahezu um das Fünffache gestiegen. Daß in diesem Zustande eine große Gefahr liegt, ist klar; man könne, obgleich es im Inlande auch einige Seuchen nicht ausgebrochen werden, weil noch in diesem Monate Seuchen-Erkrankungen an Schweinen in Dänemark vorgekommen sind. Die Regierung würde pflichtbewußt handeln, wenn sie die deutsche Grenze dieser verheerenden Epidemie öffnete; die daraus entstehende Verluste würden enorm sein, wie Redner aus der amerikanischen Statistik nachweist. Die Vortheile einer Aufhebung des Schweine-Einfuhrverbots würden in keinem Vergleich zu den Vortheilen der Viehseuche sein. Was die diebestellte Preissteigerung des Fleisches betrifft, so werde dieselbe nicht bloß von dem arbeitenden Volke, sondern von allen Ständen bitter empfunden, sie sei aber eine internationale und sei in Deutschland durchaus nicht ausschließlich durch die Viehseuche hervorgerufen. Ein Restriktion sei erst dann vorhanden, wenn die steigenden Preise nicht mehr zu zahlen seien, und dafür ist noch kein überzeugender Beweis erbracht. Es sei übrigens zu hoffen, daß die deutsche Landwirtschaft die Seuchenzeit sehr bald denartig überdauern werde, daß genügender Ersatz für die bisherigen Einbrüche gefunden ist, da das Schwein ein sehr fruchtbares und schnell nachwachsendes Thier ist. Alles in Allem müsse die Regierung den Antrag Barth und Gen. entschieden ablehnen.

Abg. Gumbel (Hb.) Die Schweineepidemie sei eine so verheerende Seuche, daß bereits 75 pCt. der von ihr befallenen Thiere erliegen. Es wurde für Deutschland ein unabweisbares Unglück sein, wenn diese Epidemie eingeführt werden sollte. Er und seine Freunde seien daher entschlossen, den Antrag Barth und Gen. abzulehnen. Redner geht denn noch auf einige Ausfühungen ein.

Abg. Krosch (Hb.) bittet, daß es sich empfehlen, die Thierärzte an den Grenzen zu vermehren statt die Grenzschranke aufrecht zu erhalten; der damit in Verbindung stehende Schmutz sei eine große Gefahr für die Viehseuche.

Abg. W. Schönd (Hb.) weist den Antrag ein.

Der Reichstagler zu eruchen, die Einmündung des Reiches nach deutschen Schatzhöfen möglichst zu erleichtern.

Abg. v. Ribbach (Hb.) tritt den Ausführungen der fortschrittlichen Redner entgegen. Alle wissenschaftlichen Autoritäten und landwirtschaftlichen Behörden hätten sich für die Aufhebung, so sagen für Verhinderung, der Abwanderung ausgesprochen; von agrarischen Velleitäten sei keine Rede. Der Antrag Barth sei abzulehnen.

Abg. Graf v. Dönhoff (Hb.) tritt der Ansicht Krosch's entgegen, daß die theuren Fleischpreise die Folge untr Steuerpolitik sei; Holland habe viel höhere Preise gehabt wie das benachbarte Belgien, ehe an die neue Steuerpolitik zu denken war.

Um 5 Uhr wird die Sitzung auf Dienstag, 19. Nov., Mittags 1 Uhr vertagt. Tagesordnung: Etat.

Politische und Tages-Chronik.

Halle, 18. November.

Der deutschfreisinnigen Agitation ist alles recht, um die Unzufriedenheit im Volke zu erregen und zu nähren. Gleich der socialdemokratischen Partei hofft sie auf diesem durch eine reichliche Berührung durchwühlten Boden ihre Früchte zu ernten; ob dabei der Wahrheit arg mitgespielt wird, kümmert sie nicht. In jüngster Zeit hat sich diese Agitation hauptsächlich einmal wieder der Kreise der Volksschullehrer zu bemächtigen gesucht. So brachte das „Berliner-Tageblatt“ dieser Tage die Nachricht, daß der Volksschullehrer zur Neuerung der Pensionenverhältnisse der Hinterbliebenen der Volksschullehrer, welcher durch Resolution des preussischen Abgeordnetenhauses vom 26. März d. J. der Regierung empfohlen war, bis jetzt noch nicht fertig gestellt ist und ein solcher überhaupt in der bevorstehenden Landtagsession auch nicht zur Vorlage gelangen werde. Die deutschfreisinnige Provinzialparlament drückt natürlich die Meldung aus, hofft sie doch dadurch die Volksschullehrer auf ihre Seite zu ziehen. Wie liegen nun aber die Verhältnisse thatsächlich? — Es ist ja möglich, daß der Gesetz-

antwort noch nicht fertig gestellt ist; bis zum Zusammen-
tritt des Landtags dürfen aber noch 2 Monate beinahe
vergehen und bis dahin ist bei der entgegenkommenden Hal-
tung der Regierung bei den betreffenden Verhandlungen in
der letzten Session wohl auf eine Erledigung zu hoffen.
Die Veranschlagungen thun stets, als ob sie allein die
Vorherrscher für die Aufrechterhaltung der Verhältnisse der Volks-
schichten seien, aber aus den Landtagsverhandlungen geht
hervor, daß insbesondere von den nationalliberalen
Kommissionen; ferner darauf hingedrängt wurde, eine Neu-
ordnung der Verhältnisse nach Maßgabe des Gesetzes vom
20. Mai 1882 (betr. die Pensionsverhältnisse der unmittel-
baren Staatsbeamten) zu schaffen, damit vor allen
Dingen eine feste Norm der Gehaltsätze geschaffen
würde. Verschiedene Schwierigkeiten stellten sich aller-
dings dieser Neuordnung in den Weg. Am Besten
würde die Neuordnung durch ein allgemeines organisches
Gesetz zu lösen sein, doch scheint vorläufig hierzu noch
keine Aussicht vorhanden zu sein, da diese Frage mit der
Gemeindeverfassungs- und Steuerreformfrage eng zusam-
menhängt. Angesichts aber der Wartezeit bei den unmit-
telbaren Staatsbeamten und der aufsteigenden Scala würde
eine Reform in der Vergleich zum gegenwärtigen Ver-
hältnis sehr ungünstiger gestellt sein, falls einfach die
Gleichstellung mit jenen Beamten ausgesprochen würde,
namentlich da das pensionsfähige Einkommen der großen
Mehrzahl der Lehrer durchschnittlich auf 1200 Mark be-
rechnet ist. Die Doppelwaisen würden hinsichtlich der Zah-
renspension ungünstiger bedacht sein, dagegen einen Vor-
teil in der Verlängerung des Bezuges um drei Jahre
erhalten. Es erschien deshalb auch der Mehrheit der Kom-
mission mehr im Interesse der Lehrer gelegen, daß sie,
nach Fortfall der eigenen Klassenbeiträge im Wege der
freien Vereinigung eine vermehrte Fürsorge für solche Klas-
sen herbeizuführen suchten, bei denen dieselbe im Ver-
hältnis zu den, für die Beamtenrechten geltenden Pensions-
sätzen auch gegenwärtig dringend wünschenswert erschien.
Um den Lehrern jedoch auch nach Maßgabe des Gesetzes
vom 20. Mai 1882 das jetzt geleistete Anfangsgehalt der
Witwenpension von 250 M. zu wahren, ward dann jene
bekannte Resolution an die Staatsregierung beschlossen.
Die Staatsregierung stand diesen Erwägungen des Hauses
wohlwollend gegenüber und entschloß sich von Fall zu
Fall, den von Hause beibehaltenen Verbesserungen zuzustimmen,
sofern sie auszuführen. Seitens der nationalliberalen Par-
tei waren in der Plenarberatung für die Verbesserung
besonders die Abg. Dr. Enneccerus, Melbeck und
Seyffardt-Magdeburg eingetreten.

Berlin, 18. Nov.

Wer den Reichstage heute den Puls fühlen wollte,
konnte eine Abnahme des Interesses an allen Tagesfragen
zweiten Ranges leicht konstatieren. Der Schwerpunkt der
politischen Begebenheiten liegt in der Kommission für das
Sozialistengesetz. Die Unterhaltung des Reichstages über
„concrete“ Gegenstände zum Etat, vermag selbst dann
nicht mehr besonders sich zu beleben, wenn, wie heute in
der 2. Hälfte der Sitzung die „Schwein-Politik“ zu ihrem
Rechte kommt. Ein Vorpiel war es nur, daß der Abg.

Richter die Dampfersubventionen hinter seine kritische
Rede nahm, wobei er zu dem Ergebnis gelangte, daß die
Zweiglied nach Samoa wirtschaftlich zwecklos sei. Vom
Regierungspunkte aus wurde dies auch gar nicht bestritten,
um so mehr Gewicht aber auf die politischen Gründe ge-
legt, die zu beurteilen allerdings dem auswärtigen Amte
besseres Material zur Verfügung steht, als einem Mit-
gliede der Opposition im Reichstag. Herr Windthorst
hatte dafür ein volles Verständnis und wollte durch sel-
nen Antrag auf Ueberweisung der Frage an die Sub-
kommission den Vertretern des auswärtigen Amtes
augenblicklich Gelegenheit geben, die hochpolitischen Rück-
sichten klarzulegen, welche für den Fortbestand der Zwei-
gliedlinie Samoa sprächen. Dabei wird nun wohl in
engerem Kreise und unter dem Schutze des Kommissions-
geheimnisses auch das Ergebnis der Samoa-Conferenz
zur Evidenz kommen. Vielleicht erfahren dann auch
die übrigen Erblichen, was bislang hinter dem Schleier
des Geheimnisses verborgen gehalten wurde. Nebenher
war natürlich mit der Erörterung der Zweigliedlinie
auch eine erneute Besprechung der subventionierten Unter-
nehmung selbst verbunden, wobei der Mangel eines Vertreters
der Stadt Bremen, der sich der Interessen des größten
Instituts seiner Vaterstadt hätte annehmen mögen, augen-
fällig wurde. Der Abg. für Bremerhaven, Herr Ge-
hard, trat den Bemängelungen des Abg. Dr. Van-
der Grinten gegenüber und verteidigte nament-
lich mit Nachdruck das Interesse einer solchen subventio-
nierten Unternehmung an Zuständen, die ihr eine geför-
derte langsame Entwicklung angebot. Nach verschie-
denen minder erheblichen Erörterungen kam dann endlich
das Schweine-Einfuhrverbot zur Sprache. Der Antrag
dazu war durch den Antrag Barth gegeben, der aller-
dings nur die Einfuhr des dänischen Schweines frei lassen
wolle. Gegen diese Zustimmung verwahrte sich der Staats-
sekretär v. Bötticher gar ganz wirksam durch den Hinweis
auf die in America herrschende Schweine-Cholera, die je-
denfalls identisch sei mit der in Dänemark wiederholt auf-
getretene Seuche. Der Hauptsturm dagegen galt dem
Einfuhrverbot an der Ostsee, das auch nach Auffassung
Virchow's nur eine übertriebene Furchtsamkeit für die
Agrarier ist. Die gelehrte Abhandlung des Herrn Vir-
chow machte allerdings wenig Eindruck, ehelicher war ja
der Demokrat, Herr Kröber, der direkt auf Ver-
theuerung des Fleischpreises losging und offen erklärte,
daß diese den Kartellbrüden in jedem Wahlkreis an die
Kochtöpfe gehängt werden sollte. Darüber wurde noch
viel hin und her geredet, dem praktischen Weg aber,
der für die Volksvertretung einzig gangbar sei, schlug der
Abg. Dr. Weßth vor. Auch über dessen Antrag, mög-
lichst unter Spezialaufsicht und nach speziellen Punkten
die Einfuhr zu erleichtern, wird erst morgen abgestimmt
werden.

Ueber die Ankunft des Kanzlers in Berlin und
dessen Theilnahme an den parlamentarischen Verhandlungen
wird zwar nach wie vor sehr viel behauptet; doch hat
sich bis zur Stunde nichts davon benachrichtigt. Aus dem
gegenwärtigen Stande der parlamentarischen Geschäfte läßt
sich jedenfalls kein festerer Schluß auf das Bedürfnis

ziehen, daß der leitende Staatsmann etwa empfindet, un-
mittelbar auf die Förderung der Reichstagsarbeiten einzu-
wirken. Die colonialpolitischen Angelegenheiten stehen aber
leineswegs soweit im Vordergrund, als es nach der Sitz-
lich von den Blättern veranfaßten Erörterung einer
Zustimmungsbildung anzunehmen wäre, die dem Kanzler die
Möglichkeit einer Aussprache hierüber zuschrieb. Vielmehr
glaubt man in politisch unterrichteten Kreisen der Ver-
waltung Raum geben zu sollen, daß den Kanzler interna-
tionale Fragen überaus in Anspruch nehmen. Wiener
Correspondenten, die mit dem Ballhausplatz Fühlung haben,
kommen ja neuerdings mit Vorliebe wieder auf „bulgarische
Dinge“ zurück und es gewinnt in der That den Anschein,
als bereite sich in dieser Hinsicht ein Fortschritt in der
Richtung einer gemeinsamen europaischen Auffassung dieser
Dinge vor.

Nach den bis zum Oktober einschließig gemachten
Erfahrungen, läßt sich die Einnahme dieses Etatsjahres
(1889/90) aus Böllen und Verbrauchssteuern auf
rund 40 Millionen höher veranschlagen, als es im
Voranschlag gewesen. Es dürfte demzufolge im Plenum
des Reichstages der Bericht erneuert werden, auch für
1890/91 eine erhebliche Steigerung der entsprechenden Ein-
sätze im Voraus anzunehmen, als es der Schatzkammer
in — an und für sich ja anerkannterweitert Vorrecht
thun möchte, über einen, um 15 Millionen höheren Anlag
wird sich auch eine Veränderung erzielen lassen. Um
diesen Betrag erdichte demgemäß das Reichsamt für
Ueberweisungen an die Einzelstaaten zu den Ministerial-
beiträgen verbessert, und zwar zum Vorteil der Einzel-
staaten.

Es ist nicht unbemerkt geblieben, daß die „von zu-
ständiger Stelle“ erfolgte Auffklärung über den „neuen
Kaiserpalast“ in Frankfurt a. M. gleichzeitig am Freitag
Abend in der „Nordd. Allg. Ztg.“ und der „Post“, auch
in verschiedenen anderen cartellfreundlichen Blättern er-
schien, — der Kreuzzeitung dagegen nicht direkt zuge-
gangen war, sondern von ihr erst am Samstag Abend
aus der „Nordd. Allg. Ztg.“ entnommen werden konnte.

In colonialpolitischen Kreisen hat der Umstand
in Brasilien überaus die letzten brasilianischen Nach-
richten von Deutschen aus der Provinz Rio Grande de
Sal lesen kann annehmen, daß die republikanischen Be-
streben in Brasilien, die ihren Sitz und Heerd in den
mittleren und nördlichen Theilen des Reiches haben, je-
rassen Fortgang nehmen würden. Man darf übrigens
jezt unter Hinweis auf die Einzelheiten der republikanischen
Erhebung, mit Genugthuung feststellen, daß die wieder-
holten Verdächtigungen des deutschen Elementes in Bra-
silien, als sei dieses der Träger des revolutionären Ge-
sankens, durch die Thatfachen entschieden widerlegt sind.

Wolff, 18. November. Der 26. Provinzialan-
tag ist heute durch den Oberpräsidenten Grafen Jell-
lichtrich geschlossen worden. In seiner Schlussrede
sprach der Oberpräsident den Ständen die Allerhöchste
Zufriedenheit des Königs über die Einmüthigkeit und den
Eifer, mit welchem die Geschäfte insbesondere das Gesetz
wegen Einführung der neuen Provinzialordnung, geför-
dert und beschlossen worden sind, an. Hierauf erklärte

43 Die Wilderer.

Roman von Paul Frankel.

(Nachdruck verboten.)

„Ja, es kann Euch übel ergehen“, wurde nun auch des
Rentmeisters Stimme laut, „Ihr wißt, daß der Herr Baron
in solchen Sachen seinen Spaß versteht, und einen Beamten
an seiner Pflicht zu hindern, wird sehr strenge bestraft!“

Die Anwesenden saßen einander betroffen an, aber Gra-
wulf nahm wieder das Wort:

„Es hat Niemand Herrn Schneider an seiner Pflicht
gehindert, denn er hat hier keine Pflicht zu erfüllen, er
hatte gar kein Recht einzuschreiten, der Hirsch ist durch
Zufall getödt.“

„Das ist nicht wahr, Sie sind ein zu guter Schütze,
um die Schelte zu fehlen!“ brante der Jäger auf.

„Wissen Sie, wie der Hirsch stand?“ war die Erwiderung,
„er bewegte sich.“

„Sie wollen sich herauslügen, Grawulf!“

„Lassen Sie die Sachen untersuchen!“ sagte der Schütze
verloren, „dort liegt der Hirsch noch jetzt vor der Schelte,
Sie können ihn an sich nehmen, ich habe nichts davon,
als daß ich meinen Stechschuß verloren habe.“

„Den Hirsch mag derjenige nach der Oberförsterei bringen,
wer ihn erlegt hat!“ war des Jägers hinterhältige
Antwort.

„Auch das“, erwiderte sein Gegner kaltblütig, „ich fürchte
mich nicht, vor den Herrn Oberförster zu treten.“

„Wir helfen Dir“, riefen mehrere Stimmen, „wir gehen
mit!“

Während dieser Verhandlung stand der Rentmeister mit
dem Gerichtsamtmann im leisen Gespräch zur Seite. Der
Erstere fragte den Letzteren:

„Würde man den Kerl nicht in diesem Falle sogleich
arrestieren können?“

„Nein, er hat in seinen Behauptungen gar nicht so un-
recht, mögen Sie nun wahr oder fingiert sein. Er beruft
sich ja selbst auf eine Untersuchung und die muß zuerst
stattfinden. Dann findet sich das Weitere.“

„Die alte praktische Methode, aber es geht jetzt nicht
mehr“, meinte der Gerichtsamtmann, der trotz aller rea-
ktionären Gesinnung zu sehr Justizmann war, um solche
Abweichungen von den Gesetzen gutheißen zu können.

„Dalt!“ rief der Rentmeister dem Hausen zu, der sich
mit dem Hirsch auf den Weg machen wollte, „bringt ihn

nach dem Schlosse zum Baron, der gnädige Herr weiß
am Besten, was zu thun ist!“

Die Leute hielten und Einige murrieten:

„Nach dem Schlosse trage ich nicht. Dazu mag der
gnädige Herr den Hirsch durch seine Leute holen lassen!“

„Ja wohl“, riefen andere, „wir sind nicht verpflichtet,
den Hirsch den Berg hinauf zum Schlosse zu schleppen!
da liegt er und da mag er liegen!“

„Ain, Grawulf, vorwärts nach dem Schlosse!“

„Warum nicht?“ antwortete dieser, „ich kann nichts
dafür, daß mir der Hirsch in den Schuh fiel; ich allein
kann ihn freilich nicht hinaustragen! Lassen Sie mit an,
Herr Schneider?“

Es kopfte ihn jemand auf die Schulter. Sich um-
wendend, erkannte er das grinsende Gesicht seines Neben-
buhlers, des Kuhparonen Hinz.

„Sei nur dreist“, sagte dieser, immer noch grinsend, „ich
habe hinter Dir gestanden, und wir zwei wissen allein, wie
es war. Ich sage nichts und Du sagst nichts, das hat
seinen Grund, aber den Hauptgewinn für dieses Jahr
habe ich!“

12.

Während der Pause schwägend und streitend den Hirsch
umstand, geschah etwas Unvorwitzes, was aller Un-
günstigkeit ein Ende machte. Der Baron selbst erschien
auf dem Festplatze und zwar in Begleitung seiner ganzen Schloß-
gesellschaft, des Grafen, des Herrn von Storma, des Fräu-
lein von Dietzky und Albedilds.

Die eigentliche Veranlassung dieser ganz ungewöhnlichen
Erscheinung war die Letztere gewesen. Sie, deren Streben
dahin gerichtet war, die zwischen dem Baron und dem
Volke seit langen Jahren bestehende Kluft, so gut sie es
vermochte, auszufüllen, hatte den lebhaftesten Wunsch zu er-
kennen gegeben, den Festplatz zu besuchen und sich an
dem allgemeinen Freude zu betheiligen. Anfangs bei dem Baron
auf Widerstand stoßend, fand sie jedoch schnell Hülfstruppen
indem Herr von Storma meinte: er sehe gern etwas
Lustiges, worauf denn auch der Graf den Wunsch äußerte,
die Volkstritten kennen zu lernen. Als aber Fräulein von
Dietzky hörte, wie ein russischer Graf, ein Mann von
solcher Distinktion, über diesen Punkt dachte, hielt sie den
Tadel zurück und beehrte sich, der Ansicht, man dürfe
in gewissen Fällen sich herablassen, das Volk in seinem
plumpen Treiben, wie sie sich ausdrückte, zu beobachten.

So blieb dem Baron denn nichts anderes übrig, als
dem allgemeinen Wunsche nachzugeben und seine Ver-
wandtinnen und Gäste nach dem Schießplatze zu führen.

Ohne eine gewisse anmaßende Feierlichkeit ging es dabei
freilich nicht ab, indem Fräulein von Dietzky sich die
Gelegenheit zu einem möglichst würdevollen Auftreten nicht
entgehen lassen mochte. Sie nahm den Arm des Grafen
in Beschlag und war ganz gnädige Herablassung und Er-
habenheit. Storma führte Albedild auf eine ungewundene
anstandslose Weise und amüßte sich nebenbei ein wenig
über die nicht zu vermeidende Grandezza des Anzuges,
welche von Fräulein von Dietzky ausging.

„Ist es nicht eine auf der Bühne in Scene gelehrte
Haupt- und Staatsaktion?“ fragte der alte Setztogel,
„die wir hier aufzuführen? Am vorzüglichsten weiß Fräulein
von Dietzky zu präsentieren; diese Würde, diese Höhe
entfernt sicher alle Vertraulichkeit.“

„Wie böse Sie sind, so hinterhältig meine arme Ver-
wandte anzuschwärzen!“

„Woher Feindschaft gegen das weißliche Geschlecht im
allgemeinen.“

„Zinner besser; soll das eine Entschuldigung sein?“

„D. Sie wissen ja, wie es steht! Ich bin freilich ein alter
Knabe und darf nicht über die mir in Aussicht gestellten
oder erhaltenen, direkten wie indirekten, Kräfte murren. Aber
Sie Grafen läuten diese Feindschaft gegen eine ganze
Hälfte der Menschheit betämpfen und auslügen können,
jedoch Sie nehmen mich ja doch nicht!“

„Man sollte sich aber doch nicht gewöhnen, über be-
gleichen vorwährend zu spößen.“

„Weiß Gott“, betheuerte er, „es ist der Galgenhumor
eines alten Kerls, der wie eine nach roten Beeren schau-
ende Drossel in der Schlinge Amors appelt. Aber wie,
wenn ich mir wenigstens für meine allfränkische Galant-
heit, wenn auch keine Liebe, so doch einigen Dank erwirbe.
Ich sehe dort jemanden, der sicher gern meinen Platz an
Ihrer Seite einnehmen würde.“

Albedild folgte der Richtung seines Blickes und erröthete.
Mitten zwischen den Oberbuhnerinnen stand Günther, der
gepönt nach ihnen herüber sah. Sie antwortete nicht;
dafür bemerkte Storma an ihr plötzlich eine so stolze
haltung daß jeder Zoll an ihr Gebein geworden schien.

„Hatte ich keine Beobachtungsgabe getauft, oder was sie mir
verleitet über die fortgeschrittenen Schätze des alten Herrn?“

Das Gerüchten über das plötzliche Erscheinen des Barons
auf dem Schießplatze hatte unter dem Volke den höchsten
Grad erreicht. Es war dies etwas, was seit der Jugendzeit
des Herrn nicht vorgekommen war.

(Fortsetzung folgt.)

Ämtliche Bekanntmachungen.

Unter Hinweis auf die diesseitige Bekanntmachung vom 12. October d. Js. — Tageblatt Nr. 243 — wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniss gebracht, daß die für beide Seiten des **Höllberg** getragenen sowie für das Grundstück **Oberglauch Nr. 22** festgesetzte neue Straßenfluchtlinie nunmehr förmlich festgestellt ist, da Einwendungen gegen dieselbe nicht erhoben sind. Der bezügliche Plan kann im Stadtbauamt einsehen werden.
Halle a. S., am 15. November 1889.

Der Magistrat.
Stäude.

Beim Festmahle des dem Andenken der Verstorbenen gewidmeten Jahrestages — 24. d. Mts. — wird das Publikum darauf aufmerksam gemacht, daß nach der Oberpräsidial-Berordnung vom 21. März 1879 an diesem Tage sowie am Vorabende desselben keine Schauspiellagen, Concerte, Feste und ähnliche Lustbarkeiten stattfinden dürfen und nur die Aufführung von Oratorien und anderen ersten Musikstücken in dazu geeigneten Räumen gestattet ist.

Schauspielvorstellungen dürfen an dem gedachten Tage nur dann stattfinden, wenn sie ersten Inhaltes sind.
Halle a. S., den 16. November 1889.

Die Polizei-Verwaltung.

Das durch Vermächtniß in den Besitz der Stadt übergegangene Hausgrundstück **Erdbel Nr. 17** soll den Bestimmungen der Erblasserin gemäß zu einem Asyl unter dem Namen „**Amalienstift**“ eingerichtet und in demselben 6 älteren Bürgerstüchtern freie Wohnung gewährt werden.

Diejenigen Bürgerstüchter, welche das 40. Lebensjahr bereits überschritten haben und in das gedachte Asyl aufgenommen zu werden wünschen, werden aufgefordert, sich mit ihren Gesuchen bis zum **20. ds. Mts.** schriftlich an die Armen-Direction hier selbst zu wenden.
Halle a. S., den 8. November 1889.

Der Magistrat.
Die Armen-Direction.

5 Mark Gehalt in Sachen des Vergleichs D. 7/1. 3 sind vom Schiedsmann **Herrn Althen** zur hiesigen Armenkassa gezahlt.
Halle a. S., am 18. November 1889.

Die Armen-Direction.

Steffbriefe.

Gegen den unten beschriebenen Arbeiter **Franz Fingerholz** aus Halle a. S., geboren in Glashütte, katholisch, welcher flüchtig ist, ist die Untersuchungshaft wegen Diebstahls verhängt.

Es wird erlucht, denselben zu verhaften und in das nächste Gerichts-Gefängnis abzuliefern und mir zu den Akten — S. 3434/89 Nachricht zu geben.
Halle a. S., den 16. November 1889.

Der königliche Erste Staatsanwalt.

Beschreibung: Alter: 20 Jahre; Größe: 175 m.; Statur: breit-schultrig; Haare: braun; Stirn: geradlinig; Augenbrauen: schwarz; Augen: braun; Nase: geradlinig; Mund: geradlinig; Zähne: gut; Kinn: oval; Gesicht: länglich; Haare: braun; Sprache: heutig; Kleidung: ein brauner Anzug und brauner Hut. Besondere Kennzeichen: fehlt am dem linken Arm.

Gegen den **Schreiber Friedrich Gustav Paul Heinicke** aus Halle a. S., geboren den 9. August 1861, evangelisch, welcher flüchtig ist, ist die Untersuchungshaft wegen Betrugs verhängt.

Es wird erlucht, denselben zu verhaften und in das Gerichts-Gefängnis zu Halle a. S. abzuliefern. S. 3269/89 —
Halle a. S., den 15. November 1889.

Der königliche Erste Staatsanwalt.

Bekanntmachung.

Das zur **Paul Vogeler'schen Konfurmasse** von hier gehörige **Waarenlager**, bestehend in **wollenen Erco's, wollenen und baumwollenen Strümpfen, seidenen Bänder, Kleiderstoffe, seidene Handschuhe, Herren-Kragen und Manschetten** etc., abgesehen auf **3000 Mark**, beabsichtige ich en bloc bei annehmbarer Gebot gegen Barzahlung zu verkaufen und habe ich hierzu Termin in meinem **Comptoir Carlstrasse 1a** auf **Freitag den 22. November c. Vorm. 11 Uhr** anberaumt, wozu ich Kauflustige hiermit einlade. Das **Waaren-Verzeichnis** kann in meinem Comptoir eingesehen und die Waare am **21. d. Mts.** Vormittags von 10—12 Uhr im Laden Barführerstraße 14 besichtigt werden.

Der Konfursverwalter
Bernh. Schmidt.

Bekanntmachung.

Die zur **Konfurmasse** über das Vermögen der Kommandit-Gesellschaft **W. Schönberg & Co.** gehörigen, im Freien auf dem hiesigen **Steinthorbahnhof** lauernden **Holzvorräthe**, darunter eine große Partie alte **eigene Bohlen u. Bretter, tieferne Stammbohlen u. Bretter** und **sichtige Schaalbretter**, beabsichtige ich im Ganzen zu verkaufen und sind schriftliche Gebote darauf bis **22. d. Mts.** in meinem Comptoir **Carlstrasse 1a**, woselbst auch das **Waaren-Verzeichnis** zur Einsicht ausliegt.
Der Konfursverwalter
Bernh. Schmidt.

Louis Kaatz,

gerichtl. vereid. Taxator
und
anpenger. vereid. Auctionator
Alter Markt 5, II.

hält sich zur **schnellsten Ausführung** und **Anfertigung** von **Nachlaß-Inventarien**, sowie zur **Abhaltung** von **Auctionen** bei **Berechnung** der vorgeschriebenen gesetzlichen **Gebühren** tagen bestens empfohlen.

Auctionslokal: **Brüderstrasse 12.**

Friedhof, oberer Eingang (Verkaufshalle).
Hinreichende Auswahl von **Kränzen etc.** zur Schmückung der Gräber. **Tannengrün**, großer Vorrath.

Verlag und Druck von **H. Rietschmann** in Halle.
Expedition des Halle'schen Tageblattes: Große Ulrichstraße 19, geöffnet von 7 Uhr Morgens bis 7 Uhr Abends.

Möbel-, Spiegel- u. Polsterwaaren-Magazin

der
vereinigten Tischlermeister, E. G.,
Kleine Steinstrasse 6.

Aufstellung
completter
Musterzimmer

Anfertigung
nach
Zeichnung.

Größtes Lager
**selbstgefertigter
Möbel**

in allen Holzarten
von den einfachsten bis zu den
feinsten zu streng soliden Preisen.

Tapezier- und
Decorations-
Werkstellen
im Hause.

Transport
gratis.

Zum Todtenfeste

erlaube mir meine **Kranzbladerlei** in empfehlende Erinnerung zu bringen.

Wilh. Bosch, Steinweg 27.

Gaskoks

offert zur sofortigen Lieferung, auch in größeren Posten
Otto Westphal, Halle a. S.,
Poststrasse 12.

Stadtverordnetenwahl 1889

In Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der gestrigen öffentlichen, sehr zahlreich besuchten Wählerversammlung empfehlen wir unsern wahlberechtigten Mitbürgern der **II. Abtheilung** nachstehende Candidatenliste:

- für die Ergänzungswahl am 20. November:
die Herren **Maurermeister Steinhauf**, **Brauereibesitzer H. Schulze**, **Kaufmann L. Sachs**, **Prof. Dr. Har-nack** und **Kaufmann Otto Schultz**;
- für die Erstwahl am 23. November:
Herrn Regierungsbauamteier Knoch;
- für die Neuwahl am 29. November:
die Herren **Gymnasiallehrer Dr. Venediger**, **Privat-docent Dr. Baumert**, **Zimmermeister Pfau**.
Halle a. S., am 19. November 1889.

Die vereinigten Vorstände
der **comm. Bezirksvereine, des Haus- u. Grundbesitzer- Vereins** und **des Bürgervereins** für städt. Interesse.

Stadtverordnetenwahl 1889

Besitz Vertretung und Beisetzungsliste über die Candidatenliste beehren wir uns, unsere wahlberechtigten Mitbürger der **I. Abtheilung** zu einer

Dienstag den 19. November Abends 8 Uhr
im **Hotel Stadt Hamburg**
anberaumten **Verammlung** hierdurch ergeblich einzuladen.

Die vereinigten Vorstände
der **comm. Bezirksvereine, des Haus- und Grundbesitzer- Vereins** und **des Bürgervereins** für städt. Interesse.

Generalversammlung

der **Ortskrankenkasse für die Metall- u. Holzarbeiter**
Donnerstag den 21. November Abends 8 Uhr
im Restaurant „zum Aichamt.“

Tagesordnung: 1. Wahl des Ausschusses für die Prüfung der Rechnung des laufenden Jahres. 2. Neuwahl des Vorstandes. 3. Beschlußnahme über Regelung der Krankenkontrolle.
Um zahlreiches Erscheinen der Herren Arbeitgeber, sowie der Mitglieder wird höflich gebeten.

Der Vorstand. **Frz. Berghaus.**

Handwerker-Weiser-Verein.

Mittwoch den 20. November
im **Neuen Theater**
Concert, Theater u. Ball.
Schulpflichtige Kinder keinen Zutritt.
Anfang 8 Uhr. Der Vorstand.

Steinthor Nr. 1. Stadt Straßburg. Steinthor Nr. 1.
Mittwoch den 20. November

Schlachtfest
mit **gemüthlicher Abendunterhaltung**
durch mehrere Gänge.
F. Wege.

K. V. Mittwoch: Herrenabend.

R. Brömme,
Uhrmacher,
jetzt **Hargasse 5.**



Billigste Bezugsquelle
aller Arten Uhren
zu **Original-Fabrikpreisen.**

Die vereinigten Vorstände
der **comm. Bezirksvereine, des Haus- u. Grundbesitzer- Vereins** und **des Bürgervereins** für städt. Interesse.

Högl. fr. Jancische Wirtshaus,
Hüringer Knackwürstchen,
fr. Sülze, Kochschinken,
Sardellenleberwurst, Trüffel-
leberwurst, gebratene Junge,
Braunschweiger Mettwurst,
Russische Salat,
Hügelwälder Gänsebrüste
ohne Knochen,
Gänseleuten, ohne Knochen,
Gänsepatelsteisch,
Gänsefleisch,
bis **Braten, garn. Schüssel**
im besten Arrangement empfiehlt
Reg. Hoflieferant,
W. Nietsch Leipzigstr. 75.

Sauerkohl
empfiehlt **R. Hahndorf.**

Für Stärkefabriken.
Wir haben eine sehr gut erhaltene **Stärkecentrifuge** nebst **Vorgelege**, sehr gut erhalten, wegen Aufgabe des Betriebes billig zu verkaufen. **Galberstadt, Gebrüder Hartmann.**

Loose à 1 Mark
der künftigen Ausstellung für **Kunst und Kunstgewerbe** in **Weimar**,
Ziehung **14.—17. Dezember 1889**, zu haben in der **Exped. d. Bl.**

Für den Inseratentheil verantwortlich **Curt Rietschmann** in Halle.

Stern 1 Beilage.